

1/2000

## Eine bessere Politik für Deutschland

Mit einer „programmatischen Offensive für Deutschland“ hat der CDU-Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 7. und 8. Januar in Norderstedt bei Hamburg seine Beratungen im neuen Jahrhundert aufgenommen und sie unter dem Leitgedanken gestellt: „Verantwortung tragen heißt für uns, mitten im Leben das Leben von morgen entwerfen.“

Die Position der CDU am Beginn des Jahres beschreibt die Norderstedter Erklärung, die der Bundesvorstand am Ende seiner Beratung beschlossen hat.

### Klausurtagung des Bundesvorstands in Norderstedt

Eine bessere Politik für Deutschland muss sich aus Sicht der CDU an fünf Kernpunkten orientieren:

- Eine Neuorientierung in der Steuerpolitik mit einer durchgreifenden und gerechten Senkung der Tarife für Bürger und Betriebe.
- Eine Politik der Altersvorsorge, die verlässlich und zukunftsfähig ist.
- Eine neue Bildungspolitik, die den Auferhebungen der Wissensgesellschaft entspricht.
- Eine klare Verteilung der Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen staatlichen Ebenen und den privaten kleinen Lebenskreisen, die klare Verantwortlichkeiten und neue Freiräume schafft.

Fortsetzung auf Seite 2

● **Aktion** gegen die rot-grüne Ökosteuer: Gegen die rot-grüne Politik von „Steuern ohne Ende“ hat die CDU eine Kampagne begonnen. Argumente und Materialien finden Sie auf den Seiten 2-14 und auf der Rückseite: Wandzeitung.

● **Erklärung** des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble zu einer Spende in Höhe von 100.000 DM und die Erklärung von Brigitte Baumeister dazu.

● **Joachim Hörster** zum Geldtransfer CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Bundespartei: Rechtlich war und ist der Vorgang unbedenklich.

● **Parteiinterne Verwendung** von Fraktionsgeldern weitestgehend geklärt. Innenteil

● **Gesamtangebot** der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle: erscheint in UiD 2/2000, ist aber ab sofort im InfoNet zugänglich.

## Fortsetzung von Seite 1

● Eine gestaltende Europapolitik, die der unabwendbaren Verantwortung Deutschlands gerecht wird und die Interessen unseres Landes vermehrt.

Wolfgang Schäuble und Angela Merkel: „Wenn wir die Herausforderungen als Chance begreifen, werden sich ungeahnte Möglichkeiten des Fortschritts ergeben.“

Insbesondere mit einer Neuorientierung in der Steuerpolitik will die CDU zur Lösung der Probleme bei Wachstum und Beschäftigung beitragen:

● Gemeinsam mit der CSU will die CDU eine Steuerreform mit einer Nettoentlastung für private Haushalte und Betriebe von rund 50 Milliarden DM.

● Der Eingangsteuersatz bei der Einkommensteuer soll bei 15 Prozent liegen, damit auch die unteren Einkommen hinreichend entlastet werden.

● Der Spitzensteuersatz soll so weit gesenkt werden, dass die durchschnittliche Belastung von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften in etwa gleich hoch ist. Dazu muß er – je nach Höhe des Körperschaftsteuersatzes – deutlich unter 40 Prozent liegen.

CDU und CSU halten eine Einigung über ihr Konzept mit der Bundesregierung für möglich. Nur dürfe sie nicht erst im Vermittlungsverfahren zustande kommen. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, frühzeitig mit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und mit den von CDU und CSU geführten Ländern im Bundesrat eine Einigung herbei zu führen.

## HEUTE AKTUELL

● **Aktion**

... die CDU dagegen will eine spürbare Steuersenkung. Argumente zum Thema Ökosteuer. Seite 4

Volker Rühle: Erneute Benzinsteuer-Erhöhung – eine unerträgliche Belastung. Seite 8

Dietrich Austermann: Ökosteuer saniert Eichels Haushalt. Seite 8

Auch die CDU in NRW startet Aktion gegen rot-grüne Ökosteuer. Seite 9

InfoMails zu den rot-grünen „Steuern ohne Ende“. Seite 10-13

„Zwei Mark je Liter ist ein guter Anfang, nicht mehr!“ Zitate zur Ökosteuer. Seite 14

● **KAS**

Quo vadis, Bundeswehr? Konrad-Adenauer-Stiftung führt Dialog. Seite 17

● **Bündnis für Arbeit**

Beschäftigungspolitisches Nullsummenspiel. Seite 18

Gunnar Uldal: Viel Lärm um nichts. Seite 20

Angela Merkel: Grenzen deutlich geworden. Seite 20

Peter Rauen: Ankündigungen schaffen noch keine Arbeitsplätze. Seite 21

● **Beschäftigung**

Hermann Kues: Ruck auf dem Arbeitsmarkt ist ausgeblieben. Seite 22

Friedrich Merz: Schröder und Riester beschönigen die Lage. Seite 22

Michael Luther: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland katastrophal. Seite 23

Pressekommentare: Aufschwung ohne Jobs. Seite 15

● **Haushaltspolitik**

Dietrich Austermann: 1999 – für Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsmarkt ein verlorenes Jahr. Seite 24

● **BAföG**

Thomas Rachel: Erneuter Wortbruch in der Bildungspolitik. Seite 26

● **Große Anfrage**

Jürgen Rüttgers: Die Union bleibt dran beim Thema Integration. Seite 28

● **Bundeswehr**

Paul Breuer: Freiwilliger Dienst von Frauen: Ja. Ausstieg aus der Wehrpflicht: Nein. Seite 30

● **Dokumentation**

Programmatische Offensive für Deutschland. Norderstedter Erklärung des CDU-Bundesvorstands anlässlich der Klausurtagung am 7./8. Januar in Norderstedt bei Hamburg. Innenteil

Wolfgang Schäuble:

## Schröder-Regierung erhöht die Steuern

**Das neue Jahr beginnt so, wie das alte aufgehört hat: Die Schröder-Regierung erhöht die Steuern, statt sie zu senken, die Bürgerinnen und Bürger werden zusätzlich be- statt entlastet und fühlen sich zu Recht geschöpft und betrogen.**

Denn zum selben Zeitpunkt, in dem Schröder und Eichel vollmundig in der Steuerpolitik eine Nettoentlastung von bis zu 70 Milliarden DM versprechen, treiben sie erst einmal mit der sogenannten „Ökosteuer“ den Benzinpreis über die Zwei-Mark-Grenze. Dabei hatte Schröder noch im Bundestagswahlkampf versprochen, dass eine Erhöhung der Mineralölsteuer um mehr als sechs Pfennige pro Liter mit ihm nicht zu machen sei. Und ein weiteres Versprechen wird gleich mitgebrochen: Die zugesagte Abstimmung weiterer Schritte der „ökologischen Steuerreform“ auf europäischer Ebene wurde erst gar nicht versucht.

Der Betrug setzt sich fort bei der Rechtfertigung der Energieverteuerung mit einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Nach den Plänen der rot-grünen Koalition wird diese Ökosteuer im Endjahr 2003 rund 38 Milliarden DM erbringen. Die Rentenversicherung soll aber nun um gut 20 Milliarden DM entlastet werden. Unter dem Strich bleiben also satte 18 Milliarden DM Steuererhöhungen im Jahr 2003. Dies ist nicht nur ein Etikettenschwindel, sondern bedeutet im Ergebnis auch eine zusätzliche und obendrein sozial unausgewogene Belastung der Bürgerinnen und Bürger. 18 Millionen Rentner werden von der Ökosteuer und der willkürlichen Ren-

tenanpassung nach Inflationsrate ohne jeden Ausgleich voll getroffen, Arbeitslose, Studenten und Sozialhilfeempfänger bezahlen an den Zapfsäulen die falsche rot-grüne Politik.

Die Benzinpreisdebatte unterstreicht erneut, wie richtungs- und substanzlos die Energie- und Umweltpolitik, aber auch die Steuer- und Finanzpolitik der Regierung Schröder ist. Wir brauchen eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient. Insofern ist es immerhin erfreulich, dass die Regierung jetzt eine Nettoentlastung von bis zu 70 Milliarden DM für notwendig und möglich hält. Zwar ist diese Zahl mehr manipuliert als zutreffend. Aber selbst wenn es „nur“ 30 bis 50 Milliarden Nettoentlastung sein sollten, dann fragt man sich doch, warum noch vor wenigen Wochen ein entsprechender Vorschlag der Union von Schröder und Eichel als „verantwortungslos“ diffamiert wurde, von der Blockade unserer Steuerreform vor zwei Jahren ganz zu schweigen.

### Nun kommt es darauf an,

eine Steuerpolitik zu betreiben, die alle Steuerzahler, Wirtschaft und vor allem den Mittelstand nachhaltig entlastet. Aber das muss systematisch stimmig sein. Wer eine Nettoentlastung in der Größenordnung von 50 Milliarden DM nicht dazu nutzt, schwerwiegende Verzerrungen unseres Steuersystems zu beseitigen und Ausnahmen abzubauen, wird Deutschland nicht voran bringen. Eichels Entwurf lässt dazu bisher nicht einmal Ansätze erkennen. ■

# ... die CDU dagegen will eine spürbare Steuersenkung

**1. Behauptung:** „Benzin sechs Pfennig teurer, das ist das Ende der Fahnenstange“ (Bundeskanzler Schröder, Bild am Sonntag 6.9.1998).

**Fakt ist:** Der Rentenlüge folgt ein erneuter Wortbruch des Bundeskanzlers. Die Wirklichkeit bei den Ökosteuern: einschließlich Mehrwertsteuer wurden bereits am 1. April 1999 die ersten 7 Pfennig von Rot-Grün kassiert. Seit der Erhöhung zum 1. Januar 2000 sind es schon 14 Pfennig. Und so will Rot-Grün weitermachen. Jahr für Jahr bis 2003. Dann wird allein die Steuerbelastung des Benzins um 35 Pfennig pro Liter angestiegen sein. Seit Amtsantritt von Schröder ist der Benzinpreis um rund 40 Pfennig pro Liter gestiegen und hat zu Beginn des Jahres erstmals die 2 DM-Grenze überschritten. Spürbare Entlastungen für die Bürger sind dagegen ausgeblieben.

**2. Behauptung:** „Wir wissen, dass bei der Belastung der durchschnittlich verdienenden Menschen Ende der Fahnenstange ist. Wir werden Euch nichts Zusätzliches zumuten.“ (Bundeskanzler Schröder auf dem Leipziger Parteitag der SPD am 17.4.1998)

**Fakt ist:** Die Steuerschraube wird laufend angezogen. Arbeitnehmer, die insbesondere im ländlichen Raum als Pendler auf das Auto angewiesen sind, werden so unzumutbaren Belastungen unterworfen. Betroffen sind durch die Ökosteuer gerade Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Rentner, da sie von einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge nicht profitieren. Den Rentnern wurde von der Schröder-Regierung auch erklärt, sie würden über höhere Rentenanpassungen von der Ökosteuer entlastet. Tatsächlich

müssen die Rentner jetzt Ökosteuer zahlen und gleichzeitig in Kauf nehmen, dass ihre Rente für zwei Jahre vom Nettolohn abgekoppelt wird.

Aber auch bei Familien mit Kindern wird abkassiert. Ein 4-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von ca. 60.000 DM wird durch die Ökosteuer mit 60 DM im Monat belastet

## Rot-Grün: Steuern und kein Ende Argumentationspapier zum Thema Ökosteuern

(die Senkung der Rentenbeiträge ist hierbei schon berücksichtigt). Die Familie wird sich nach Berechnungen des Verbandes Haus & Grund Deutschland bei einer 100 m<sup>2</sup>-Wohnung auf Steigerungen der Mietnebenkosten um 500 DM im Jahr 2003 einstellen müssen.

Eine durchgreifende Steuerreform, die Bürger und Betriebe spürbar entlastet, lässt in dieser Legislaturperiode auf sich warten. Die in Aussicht gestellten Entlastungen kommen zu spät und sind zu gering. Die CDU fordert deshalb noch in dieser Legislaturperiode spürbare Entlastungen in Höhe von rund 50 Milliarden DM, die den Bürgern und Betrieben auch etwas bringen. Wirtschaft und Beschäftigung müssen gefördert werden.

**3. Behauptung:** Die sogenannten Ökosteuern dienen dem Umweltschutz.

**Fakt ist:** Die Ökosteuern haben nichts mit Umweltschutz, aber viel mit Einnahmenbeschaffung zu tun. Ziel sollte angeblich zwar das Energiesparen sein. Tatsächlich

lich müssen aber beispielsweise Unternehmen des produzierenden Gewerbes ab einer bestimmten Grenze weniger Steuern zahlen, obwohl sie mehr Energie verbrauchen. Außerdem: Bei einer Steuer auf den Energieverbrauch – wie sie Rot-Grün beschlossen haben – bleiben gerade die umweltbelastenden CO<sub>2</sub>-Emissionen außen vor. Ohne CO<sub>2</sub>-Komponente gibt es aber keinen Anreiz, emissionsintensive Energie durch emissionsarme zu ersetzen. Dem Klimaschutz wird so nicht gedient.

Sogar der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), wie Bahn und Bus, wird ökobesteuert. Die Folgen sind nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Preiserhöhungen in den nächsten vier Jahren um rund fünf Prozent. Umsteigen auf diese anerkannt umweltfreundlichen Verkehrsmittel lohnt sich also nicht.

Regenerative Energiequellen wollte die Schröder-Regierung fördern. Tatsächlich werden auch sie nicht von der Besteuerung ausgenommen. Ein versprochenes Förderprogramm gibt es bis heute nicht.

#### **4. Behauptung:** *Ökosteuern entlasten die sozialen Sicherungssysteme.*

**Fakt ist:** Ökosteuern sind kein Ersatz für Strukturreformen, die die Lohnnebenkosten dauerhaft senken. Unsere Sicherungssysteme müssen heute darauf vorbereitet werden, dass immer mehr Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als jüngere eintreten. Die Schröder-Regierung gibt hierauf keine Antwort. Sie ist zu wirklichen Strukturreformen nicht fähig. Rot-Grün hat stattdessen mit der Rücknahme der moderaten Reformen der CDU-geführten Bundesregierung die Probleme in den Sozialversicherungen noch verschärft. Mit dem bequemen Griff in die Geldbeutel der Steuerzahler werden die Kosten nicht gesenkt, sondern nur anders finanziert. Die Menschen werden in die Irre geführt.

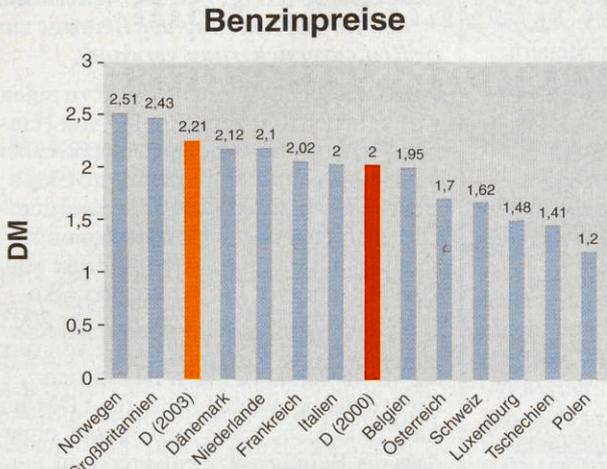
#### **5. Behauptung:** *Die Ökosteuern werden für die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung verwandt.*

**Fakt ist:** Die Ökosteuer wird zu einem wesentlichen Teil zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Nach den Plänen der rot-grünen Koalition wird die Ökosteuer im Jahr 2003 rund 38 Milliarden DM erbringen. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt von 20,3 Prozent (vor Einführung der Ökosteuer) auf rund 19 Prozent im Jahr 2003. Dies entspricht einer Entlastung von rund 20 Milliarden DM. Unter dem Strich fließen damit etwa 18 Milliarden DM im Jahr 2003 mehr in die Steuertasche, ohne dass die Beitragssätze entsprechend stärker sinken. Dies ist eindeutig eine Mogelpackung.

#### **6. Behauptung:** *Auch die CDU hatte ähnliche Pläne für eine Ökosteuer in der Schublade.*

**Fakt ist:** Richtig ist, dass die CDU in ihrem Zukunftsprogramm eine Verbilligung des Faktors Arbeit und eine Verteuerung des Faktors Energie fordert. Aber SPD und Grüne verschweigen, dass dies nicht im internationalen Alleingang, sondern nur im europäischen Rahmen Sinn macht. In einem liberalisierten europäischen Strommarkt leisten nationale Alleingänge keinen Beitrag für mehr Umweltschutz und Arbeitsplätze. Wenn nur bei uns in Deutschland Energie teurer wird und Unternehmen daraufhin Arbeitsplätze in Nachbarländer verlagern und dort unter für die Umwelt weniger günstigen Bedingungen produzieren, dann ist für die Arbeitsplätze und für die Umwelt nichts gewonnen.

Wer wirklich etwas für den Klimaschutz tun will, dem bringt eine undifferenzierte Ökosteuer nichts. Dazu wäre eine schadstoffbezogene Abgabe notwendig, die am Kohlendioxidausstoß anknüpft, um das Problem an der Wurzel zu packen. Der Er-



vierenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Anbietern. Auch wird dem Güterkraftverkehr im Gegensatz zum produzierenden Gewerbe oder der Landwirtschaft keine Vergünstigung gewährt. Die Gewährung von Ausnahmebedingungen für einzelne Branchen beschäftigt zur Zeit auch die Europäische Kommission, da geprüft werden muss, ob es sich um versteckte Subventionen handelt.

### **8. Behauptung:** *In anderen Ländern Europas liegen die Mineralölsteuersätze höher als in Deutschland.*

*pas liegen die Mineralölsteuersätze höher als in Deutschland.*

**Fakt ist:** Mit der schrittweisen Erhöhung der Mineralölsteuer durch die Schröder-Regierung rückt Deutschland immer mehr zur Spitzengruppe der Länder mit den höchsten Benzinpreisen auf. Zugleich wird der Abstand zu vielen Ländern mit günstigeren Benzinpreisen, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland liegen, immer größer. Rot-Grün fördert so in den Grenzregionen den „Sprit-Tourismus“ – zulasten der Umwelt, der deutschen Wirtschaft und von Arbeitsplätzen. So lag der Preis für einen Liter Euro-Super in Österreich, der Schweiz, Luxemburg, aber auch in Tschechien und insbesondere Polen mit rund 1,2 DM zu Jahresbeginn erheblich niedriger.

**9. Behauptung:** *Auch die Regierung Kohl hat die Mineralölsteuer erhöht.*

**Fakt ist:** Es trifft zu, dass zur Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern auch die Mineralölsteuer erhöht wurde. Aber nachdem die Weichen dafür gestellt waren, haben wir an die erfolgreiche Steuerensenkungspolitik der 80er Jahre wieder

satz schadstoffreicher durch schadstoffärmere Energieträger kann nur auf diesem Weg gelingen.

Entscheidend ist aber, dass derartige Abgaben in der Summe mit spürbaren Entlastungen für Bürger und Betriebe bei Steuern und Abgaben einhergehen müssen. Davon ist bei der Schröder-Regierung nichts zu sehen; eine durchgreifende Steuerreform ist sie schuldig geblieben. Ihre Steuerpolitik ist unzureichend und halberzig. Sie kompliziert das Steuerrecht und gängelt die Steuerzahler mit immer neuen und höheren Steuern. So schafft man keine gesellschaftliche Akzeptanz für Reformen und mehr Umweltschutz.

**7. Behauptung:** *Die Ökosteuern sind wettbewerbsneutral und führen nicht zu Benachteiligungen einzelner Wirtschaftsbranchen.*

**Fakt ist:** Die erneute Erhöhung der Ökosteuern verschärft die bestehenden enormen Wettbewerbsverzerrungen. So muss das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe ein Drittel seiner Umsätze für die Ökosteuer verwenden. Dies führt zu gra-

angeknüpft. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Steuerzahler bereits wieder um 35 Milliarden DM durch die Neuregelung des Existenzminimums, den Familienleistungsausgleich, den Wegfall des Kohlepennings und die Senkung des Solidaritätszuschlages entlastet. Zusammen mit der von der SPD – wie sich heute zeigt – mit fadenscheinigen Gründen abgelehnten großen Steuerreform wären die Steuerzahler bereits heute wieder bei den direkten Steuern um den Betrag entlastet, der zur Finanzierung des Aufbaus Ost notwendig wurde.

Wenn die SPD zugleich die Finanzierung der Entschuldung der Deutschen Bundesbahn im Rahmen der Bahnreform und der damit verbundenen Stärkung der kommunalen Investitionen für den Personennahverkehr kritisiert, will sie nur davon ablenken, dass sie selbst der Erhöhung der Mineralölsteuer damals zugestimmt hat.

Die SPD verhält sich doppelzünftig. So betreibt sie mit der Erhöhung der Ökosteuern eine Politik, von der weder die Umwelt noch der Öffentliche Personennahverkehr profitieren.

Denn auch der Öffentliche Nahverkehr wird ökobesteuert und die Fahrpreise dadurch höher. Mit dem sogenannten Sparprogramm kürzen SPD und Grüne sogar notwendige Investitionen in die Verkehrs-

infrastruktur. Betroffen ist beispielsweise die IC-Strecke Nürnberg-Erfurt.

## 10. Behauptung:

*Die Verteuerung des Benzins geht hauptsächlich auf die Preiserhöhungen der Ölkonzerne zurück.*

**Fakt ist:** Die Schröder-Regierung kann sich von ihrer Verantwortung für die Verteuerung des Benzins nicht reinwaschen. Mit Verweis auf gestiegene Rohstoffpreise in Rotterdam und den starken Dollar haben die Mineralölkonzerne den Preisanstieg für Benzin und Diesel Ende vergangenen Jahres um bis zu fünf Pfennig je Liter begründet. Die Bundesregierung legt hierzu seit 1. Januar 2000 einschließlich Mehrwertsteuer sieben Pfennig je Liter drauf und ist damit der Hauptpreistreiber beim Sprit.

SPD-Politiker sind unseriös, wenn sie zum einen die Verteuerung von Benzin fordern und sich dann, wenn die Preise infolge der Verknappung von Erdöl durch die OPEC steigen, über steigende Benzinpreise beschweren. Die Schröder-Regierung kann nicht erwarten, dass die Preise an den Zapfsäulen für den „kleinen Mann“ akzeptabel bleiben, wenn die Rohölpreise auf den internationalen Märkten anziehen und gleichzeitig Rot-Grün bei uns die Ökosteuerschraube ständig anzieht. Wie die Verbraucher damit fertig werden sollen, scheint Rot-Grün nicht zu interessieren. ■

## InfoNet – Informationen für Funktionsträger

Seit Anfang 1999 bietet die CDU allen Funktions- und Mandatsträgern der Partei ein eigenes Informationsangebot an. Im **InfoNet** finden sich aktuelle Veröffentlichungen, Argumentationshilfen, Flugblattvorlagen und vieles mehr.

Den Zugang können Sie via E-Mail oder Fax beantragen. Achten Sie bitte darauf, dass Sie neben Ihrem Namen auch Adresse, Mitgliedsnummer, Geburtsdatum und Ihre Funktion in der CDU angeben. Diese

Daten sind notwendig, um Ihre Zugangsbe-rechtigung zu überprüfen.

**Bitte senden Sie Ihre Anfrage per Fax an die UBG-Bonn, z.Hd. Frau Alexandra Grigo, Fax: 02226/802-183**

Oder per E-Mail an:  
**alexandra.grigo@ubg-medienzentrum.de**  
oder **info@ubgbonn.de**

Wenige Tage später erhalten Sie Ihr Zugangskennwort auf dem Postweg.

# Ökosteuer saniert Eichels Haushalt

**Zur aktuellen Benzinpreiserhöhung durch die Ökosteuer erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Seit 1. Januar dieses Jahres ist die Schallmauer von 2 DM für den Liter Superben-

zin durchbrochen. An den Zapfsäulen merken Millionen Autofahrer täglich, wie sie – mit verursacht durch das rigorose Abzocken der rot-grünen Koalition – massiv zur Kasse gebeten werden.

Die im April 1999 eingeführte sog. Ökosteuer wurde begründet mit einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Nach den Plänen der rot-grünen Koalition wird diese Ökosteuer im Endjahr 2003 rd. 38 Mrd DM Einnahmen erbringen. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt von 20,3 vH (vor Einführung der Ökosteuer) auf rd. 19 vH im Jahr

## Volker Rühle: Unerträgliche Belastung

**Die erneute Erhöhung der Benzinsteuer um sieben Pfennig ist eine unerträgliche Belastung der Menschen, die aus Gründen der beruflichen und persönlichen Mobilität dringend auf ihr Auto angewiesen sind.**

Nachdem bereits im Frühjahr schon einmal die Steuern auf Kraftstoffe angehoben worden sind, frisst ab nächsten Monat die Benzinrechnung einen großen Teil der Einkommensteuervorteile wieder auf. Besonders bestraft werden die Menschen, die lange Strecken fahren müssen oder in ländlichen Räumen leben.

Die Bundesregierung ist auch im Interesse dieser Menschen aufgefordert, die Politik der Steuererhöhungen sofort zu beenden.

Unerträglich ist im Zusammenhang mit der Erhöhung der Ökosteuer die heuchlerische Beschimpfung der Mineralölwirtschaft durch die rot-grüne Bundesregierung. Das ist der leicht zu durchschauende Versuch, vom rot-grünen Abzocken abzulenken. Wer durch Steuererhöhungen bei gleichzeitig steigendem Dollarkurs die Preise in die Höhe treibt, sollte die Industrie nicht zum Sündenbock für eigenes Fehlverhalten stempeln.

## Aktion gegen rot-grüne Ökosteuer

**Machen Sie mit bei der Kampagne gegen rot-grüne „Steuern ohne Ende“ und nutzen Sie die Argumente und Materialien, die wir Ihnen auf den Seiten 2-14 und 32 (Wandzeitung) zur Verfügung stellen.**

2003. Dies bedeutet eine Entlastung der Beitragszahler um gut 20 Mrd DM. Unter dem Strich werden also etwa 18 Mrd DM im Jahr 2003 nicht zur Senkung der Beitragssätze verwandt, sondern zur Haushaltssanierung. Dies ist eindeutig eine Mogelpackung.

Für einen durchschnittlich Versicherten bedeutet die jährliche Entlastung rd. 300 Mrd DM oder 25 DM im Monat bei den Rentenbeiträgen. Durch die Ökosteuer wird der Durchschnittshaushalt im Jahr mit bis zu 1000 DM oder 85 DM im Monat belastet. Besonders verwerflich ist, dass sozial Schwache durch die Ökosteuer massiv be-

## Auch die CDU in NRW startet Aktion gegen rot-grüne Ökosteuern und 2-Mark-Benzin

**Der CDU-Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers und Generalsekretär Herbert Reul haben am 7. Januar in Düsseldorf eine Aktion der NRW-CDU gegen die rot-grüne Ökosteuern vorgestellt, mit der die Benzinpreise auf über 2 Mark angestiegen sind. Anlässlich der Vorstellung erklärte Landeschef Jürgen Rüttgers:**

Die Autofahrer zahlen die Zeche für die unfaire und ungerechte Politik von Rot-Grün. 2 Mark DM für den Liter Benzin ist das Ergebnis dieser Politik und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Am 1. April 1999 hat die Regierung Schröder die ersten 7 Pfennig kassiert. Seit dem 1. Januar 2000 sind es schon 14 Pfennig. So will Rot-Grün weitermachen – Jahr für Jahr bis 2003. Bis dahin muss ein durchschnittlicher Autofahrer mit 15.000 km Fahrleistung im Jahr und einem Auto, das 9 Liter verbraucht, Mehrausgaben von über 1.400,- DM berappen. Schröder, Clement und Eichel haben die Autofahrer zum neuen Dukatenesel in unserem Land gemacht.

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Pendler. Rund 1,8 Millionen Beschäftigte sind täglich auf das Auto angewiesen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen.

Diesen Menschen, die täglich ihrer ehrlichen Arbeit nachgehen, greifen Schröder und Clement tief in die Taschen. Das ist unfair und ungerecht.

Unfair und ungerecht ist es auch, dass durch teurere Benzinpreise gerade die Schwächeren unserer Gesellschaft zusätzlich belastet werden. Sie können sich keine 30.000 bis 40.000 Mark für neue Autos mit niedrigerem Benzinverbrauch leisten.

### Steuersenkung für alle

Auch mit Umweltschutz hat das Ganze nichts zu tun. Statt besonders umweltfreundliche Autos von der Steuer zu befreien, müssen alle mehr zahlen. Selbst der öffentliche Nahverkehr wird mit Ökosteuern belastet. Es geht einzig und allein darum, den deutschen Autofahrer abzukassieren. Damit muss Schluss sein. Statt Steuern ohne Ende brauchen wir eine durchgreifende Steuersenkung für alle Bürger. Dafür setzt sich die CDU ein.

Mit unserer Plakataktion gegen die Ökosteuern und 2 Mark Benzin werden wir in den nächsten Wochen landesweit die Autofahrer in Nordrhein-Westfalen darüber aufklären, wem sie die neuen Benzinpreise verdanken – Schröder, Clement und Rot-Grün.

lastet werden, ohne etwas von der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zu haben. 18 Millionen Rentner werden von der Ökosteuern und der willkürlichen Rentenanpassung nach Inflationsrate von Rot-Grün gemolken, Arbeitslose, Studenten und Sozialhilfeempfänger blechen an den Zapfsäulen für die falsche rot-grüne Politik.

Im Bundeshaushalt explodieren die gesamten Rentenausgaben. Waren es 1998 rd. 100 Mrd DM, so steigen die Rentenausgaben über 127 Mrd DM in diesem Jahr auf 153 Mrd DM im Jahr 2003, das sind dann über 30 vH aller Bundesausgaben. Dies ist ein gefährlicher Treibsatz für den Bundeshaushalt. ■

# **ROT-GRÜN: Steuern ohne Ende**

**Rot-Grün hat das neue Jahrtausend begonnen:  
Mit Steuererhöhungen und mit einem Wortbruch.**

**Schröder hat versprochen: »Benzin sechs Pfennig teurer, das ist Ende der Fahnenstange« (6.9.1998)**

## **Die Wirklichkeit:**

Am 1. April 1999 hat er die ersten 7 Pfennig kassiert. Mit dem 1. Januar sind es schon 14 Pfennig. Und so will Rot-Grün weitermachen, Jahr für Jahr bis 2003. Bis dahin summieren sich die gesamten Mehrausgaben gegenüber 1998 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von neun Litern und einer durchschnittlichen Jahresfahrleistung von 15.000 km auf über 1.400 DM.

## **Auch beim Strom kassiert Rot-Grün jetzt noch stärker ab:**

0,5 Pf kommen bis 2003 jedes Jahr drauf, natürlich plus Mehrwertsteuer.

## **Damit nicht genug:**

Angekündigt hat die Schröder-Regierung, Zukunftsvorsorge zu belohnen. Gemacht hat sie jetzt das Gegenteil: Halbierung des Sparerfreibetrages. Er beträgt nur noch 3.000 DM für Alleinstehende und 6.000 DM für Verheiratete. Folge: Für viele, die sich ein kleines Vermögen zur Vorsorge erspart haben, bedeutet dies Steuererhöhungen.

**Schluss mit immer neuen und höheren Steuern.**

**Deshalb fordert die CDU eine durchgreifende Steuersenkung  
für alle Bürger und Betriebe.**

# **CDU**

# **ROT-GRÜN: Steuern ohne Ende**

## **Benzinsteuer**

**Sprit für zwei Mark - und kein Ende in Sicht.**

**Rot-Grün regiert zu werden, ist am 1. Januar 2000 noch teurer geworden:  
Die Steuern aufs Autofahren, auf Bus und Bahn steigen weiter.**

Das ist ein neuer Wortbruch des Kanzlers! Schröder hat versprochen: »Benzin sechs Pfennig teurer, das ist Ende der Fahnenstange« ( 6.9. 1998)

Die Wirklichkeit: Am 1. April 1999 hat er die ersten 7 Pfennig kassiert. Mit dem 1. Januar sind es schon 14 Pfennig. Und so will Rot-Grün weitermachen, Jahr für Jahr bis 2003. Bis dahin summieren sich die gesamten Mehrausgaben gegenüber 1998 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von neun Litern und einer durchschnittlichen Jahresfahrleistung von 15.000 km auf über 1.400 DM.

### **Mehrausgaben durch die Benzinpreiserhöhung in DM und Jahr je Stufe: 7 Pf je Liter**

Verbrauch in l/100 km					
km pro Jahr	6	7	8	9	10
<b>10000</b>	<b>42</b>	<b>49</b>	<b>56</b>	<b>63</b>	<b>70</b>
<b>12500</b>	<b>52</b>	<b>61</b>	<b>70</b>	<b>78</b>	<b>81</b>
<b>15000</b>	<b>53</b>	<b>73</b>	<b>84</b>	<b>94</b>	<b>104</b>
<b>17500</b>	<b>73</b>	<b>85</b>	<b>97</b>	<b>110</b>	<b>122</b>
<b>20000</b>	<b>84</b>	<b>97</b>	<b>111</b>	<b>125</b>	<b>139</b>
<b>22500</b>	<b>94</b>	<b>110</b>	<b>125</b>	<b>141</b>	<b>157</b>
<b>25000</b>	<b>104</b>	<b>122</b>	<b>139</b>	<b>157</b>	<b>174</b>

einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 16 Prozent; (gerundet)

Die rot-grüne Ökosteuern hat nichts mit Umweltschutz zu tun. Wer glaubt, durch das Umsteigen auf umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel der Steuererhöhung entgehen zu können, täuscht sich. ÖPNV und Schiene werden ebenfalls ökobesteuert. Die Folge: höhere Fahrpreise.

**Schluss mit immer neuen und höheren Steuern.  
Deshalb fordert die CDU eine durchgreifende Steuersenkung  
für alle Bürger und Betriebe.**

# **CDU**

# **ROT-GRÜN: Steuern ohne Ende**

## **Stromsteuer**

**Die Strompreise sinken.**

**Die Stromsteuer steigt.**

**Kein Wunder: Rot-Grün gönnt uns ja auch sonst nichts!**

Die Stromsteuer ist zum 1. Januar 2000 um 0,5 Pfennig je Kilowattstunde gestiegen. Und kein Ende in Sicht. Rot-Grün will diese Steuererhöhungen bis 2003 fortsetzen, Jahr für Jahr. Hinzu kommen jeweils 16 Prozent Mehrwertsteuer.

Gerade Familien mit Kindern sind besonders betroffen. Allein für das Jahr 1999 haben überschlägige Rechnungen des Mieterbundes bereits Mehrbelastungen von 200 bis 250 DM für einen durchschnittlichen Mieterhaushalt (Wohnung mit 60 m<sup>2</sup>) für Öl, Gas und Strom ergeben. Nun kommen durch die Erhöhung der Stromsteuer noch einmal zusätzliche Belastungen in Höhe von rund 25 DM auf die Verbraucher zu.

### **Jährliche Mehrausgaben für Strom**

Stromverbrauch	DM
<b>2.000 kWh</b>	<b>11,6 DM inkl. MWSt.</b>
<b>3.000 kWh</b>	<b>17,4 DM inkl. MWSt.</b>
<b>4.000 kWh</b>	<b>23,2 DM inkl. MWSt.</b>
<b>5.000 kWh</b>	<b>29,0 DM inkl. MWSt.</b>

**Schluss mit immer neuen und höheren Steuern.  
Deshalb fordert die CDU eine durchgreifende Steuersenkung  
für alle Bürger und Betriebe.**

# **CDU**

# ROT-GRÜN: Steuern ohne Ende

## Spar-Steuer

Am 1. Januar 2000 ist es noch teurer geworden, von Rot-Grün regiert zu werden. Bei Ihren Spar-Groschen langt jetzt der Finanzminister stärker zu.

Angekündigt hat die Schröder-Regierung, Zukunftsvorsorge zu belohnen.

Gemacht hat sie jetzt das Gegenteil: Halbierung des Sparerfreibetrages.

Er beträgt nur noch 3.000 DM für Alleinstehende und 6.000 DM für Verheiratete. Folge: Für viele, die sich ein kleines Vermögen zur Vorsorge erspart haben, bedeutet dies Steuererhöhungen.

- Ein Alleinstehender, der ein erspartes kleines Vermögen von 75.000 DM zu 5 Prozent angelegt hat, musste keine Steuern auf seine Zinsen bezahlen. Künftig verlangt die Schröder-Regierung von ihm für jede über 62.000 DM hinausgehende ersparte D-Mark Steuern auf Zinsen.
- Ein Ehepaar, das Ersparnisse von 140.000 DM zu einem Zinssatz von 5 Prozent auf die hohe Kante gelegt hat, musste bisher keine Steuern auf die Zinsen bezahlen. Künftig müssen sie für jede über 124.000 DM hinausgehende ersparte D-Mark Steuern auf Zinsen bezahlen. Unterliegt das Ehepaar einem Einkommensteuersatz von 25 Prozent, muß es 200 DM Spar-Steuer bezahlen.

Steuern auf Ersparnisse					
Künftig wird auf Ersparnisse ab ... DM Einkommensteuer bei einem Zins von ... Prozent fällig:					
Zins:	2 %	3 %	4 %	5 %	6 %
für Ledige	155.000 DM	103.333 DM	77.500 DM	62.000 DM	51.667 DM
für Verheiratete	310.000 DM	206.667 DM	155.000 DM	124.000 DM	103.333 DM
(Berücksichtigt ist der Werbungskostenfreibetrag von 100 DM.)					

Wenn es nach der Schröder-Regierung ginge, soll Erspartes noch stärker abkassiert werden. Erben plante die Schröder-Regierung steuerlich stärker zur Kasse zu bitten. Auch bei Lebensversicherungen wollte die Schröder-Regierung mitverdienen. Dies hat die CDU gestoppt.

**Schluss mit immer neuen und höheren Steuern.  
Deshalb fordert die CDU eine durchgreifende Steuersenkung  
für alle Bürger und Betriebe.**

# CDU

# „Zwei Mark je Liter ist ein guter Anfang, nicht mehr!“

**Schröder:** „Gewiss, wir werden das 3-Liter-Auto fördern und fordern. Aber wir werden nicht den Benzinpreis zur Ursache neuer sozialer Ungerechtigkeit machen. Ich komme, wie Ihr wisst, liebe Genossinnen und Genossen, aus einem Flächenland, in dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 50 km und mehr – eine Strecke, wohlgemerkt – zur Arbeit fahren müssen und öffentliche Personennahverkehrssysteme nicht zu halten sind. Diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sage ich: **Ihr könnt Euch auf uns verlassen. Wir wissen, dass bei der Belastung der durchschnittlich verdienenden Menschen Ende der Fahnenstange ist. Wir werden Euch nichts Zusätzliches zumuten.**“ Leipzig, 17. 4. 1998, Parteitag der SPD.

**Schröder:** „Ich bedauere auch, dass der eine oder andere zehn Mark im Monat mehr fürs Autofahren, fürs Heizen, fürs Gas zu zahlen hat. Aber mehr sind es dann auch nicht im ungünstigsten Fall.“ Spiegel vom 26. 10. 1998.

**Schröder:** „Wenn die Arbeitnehmer und die Betriebe von Abgaben entlastet werden, dann lasse ich mit mir über eine Erhöhung der Mineralölsteuer um sechs Pfennig reden. Aber das ist dann auch das Ende der Fahnenstange.“ Bild am Sonntag, 6. 9. 1998.

**Titelzeile:** „Schröder: Benzin sechs Pfennig teurer, das ist Ende der Fahnenstange.“ Bild am Sonntag, 6. 9. 1998.

**Schröder:** „Wir wollen auch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit die Energiebesteuerung nicht im nationalen Alleingang machen.“ Spiegel, 26. 10. 1998.

**Thilo Bode,** Geschäftsführer Greenpeace Deutschland: „...und das, was jetzt hier

dem Volk angeboten wird, sieht ein bisschen nach Abkassieren beim ‘kleinen Mann’ aus.“ Deutschlandfunk, 20. 11. 1998

**Reinhard Loske,** umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Fünf Schritte sind gut, sechs Pfennig sind zu wenig.“ FAZ, 10. 6. 1999

**Reinhard Loske,** umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Man kann klar machen, dass der Anstieg um 6 Pfennig pro Liter im Jahr sehr moderat ist. Das entspricht gerade mal 3%, wenn man jetzt mal grob von einem Spritpreis von 2 Mark ausgeht. Es wird also niemand überfordert.“ TAZ, 8. 1. 2000.

## Zitate zur Öko-Steuer

**TAZ:** Ein häufiger Vorwurf lautet, die Ökosteuer belaste vor allem den ‘kleinen Mann’. Loske: „Das ist nicht ganz falsch, weil indirekte Steuern die kleinen Leute immer etwas stärker treffen.“ TAZ, 8. 1. 2000.

**Hartmut Mehdorn,** Chef der Deutschen Bahn AG: „Die Öko-Steuer hat in ihrer heutigen Form leider mehr den Charakter einer allgemeinen Abgabe mit unterschiedlichen Steuersätzen für Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas und Strom. [...] Während sich die Steuersätze für Benzin und Diesel bis 2003 nur um 29 bzw. 44% erhöhen, wird die Steuerlast beim Bahnstrom um genau 100% steigen. Der anerkannt umweltfreundliche Verkehrsträger – die Deutsche Bahn – wird also bestraft.“ Bild am Sonntag, 9. 1. 2000.

**ARBEITSMARKT**

**Aufschwung ohne Jobs**

*Die Situation ist paradox: Die deutsche Wirtschaft wächst endlich wieder kräftiger. Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist aber nicht in Sicht.*

*Sicherlich, auf dem Papier wird die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr um 200.000, vielleicht auch um 300.000 zurückgehen. Das liegt jedoch fast ausschließlich an der so genannten demographischen Entwicklung: Immer mehr Erwerbstätige gehen in Rente, immer weniger Junge rücken nach. Neue Jobs entstehen aber trotz des Wachstums kaum.*

**Die Welt**

**Zu vollmundig**

*Unerfindlich bleibt, warum Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Arbeitsminister Walter Riester in jüngster Zeit geradezu eu-*

*phorisch von einer Abnahme der Arbeitslosenzahl um sogar 300.000 im Jahresdurchschnitt ausgehen, ohne gleichzeitig die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum gewaltig nach oben zu schrauben. Hierbei werden wohl Effekte, die durch den Kurswechsel in der Steuerpolitik in den Jahren ab 2001 eintreten könnten, bereits vorweggenommen.*

*In einem Jahr, wenn die Arbeitsmarktbilanz für 2000 vorliegen wird, könnten sich solche Ankiündigungen als zu vollmundig erweisen. Dies gilt erst recht dann, wenn es nicht gelingen sollte, in der Lohnpolitik zu einem moderaten Kurs zurückzukehren. Außerdem hat die Bundesregierung bei den Sozialreformen und bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts noch keine ihrer Hausaufgaben zufrieden stellend erledigt.*

**Handelsblatt**

**Trübe Bilanz**

*Der große Schwung, die große Wende ist im ersten Amtsjahr der rot-grünen Regierung ausgeblieben. Zur kleinen Wende hat sie bislang reichlich wenig beigetragen. Es ist vor allem die demographische Entwicklung, die in der Arbeitslosenstatistik für einen Hauch Entspannung sorgt.*

*Die Zahl derer, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, übersteigt – mit deutlicher Zuwachsrate – die Zahl an jungen Leuten, die Arbeit suchen. Also alles nur aussitzen? Irgendwann wird es trotz kleiner Lichtblicke nicht mehr zu beschönigen sein, dass die Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch nicht so recht vorangekommen ist. Rot-grüne Konzepte sind noch nicht erkennbar. Aufbruch? Wende? Bislang Fehlanzeige.*

**Hannoversche Allgemeine**

**Ulrike Mehl**, *umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion*: „**Zwei Mark je Liter ist ein guter Anfang, mehr nicht.**“ Welt am Sonntag, 9. 1. 00.

**Klaus-Peter Puls**, *schleswig-holsteiner SPD-MdL*: „**Für mich sind vier bis fünf Mark je Liter denkbar.**“ Welt am Sonntag, 9. 1. 00.

**Matthias Böttcher**, *schleswig-holsteiner SPD-MdL*: [...] Böttcher setzte sich dafür ein, den Kraftstoffpreis „**innen zehn Jahren auf vier bis fünf Mark zu erhöhen.**“ Welt am Sonntag, 9. 1. 00.

**Günther Koolmann**, *Präsident des Deutschen Familienverbandes*: „**Familien werden damit zum dritten Mal zur Kasse gebeten.** Sie zahlen ja schon über Rentenbeiträge und Kindererziehung am meisten für die Altersversorgung.“ Focus, 10. 1. 2000.

**Ein allein verdienender Vater** mit einem Jahresbruttogehalt von 60.000 DM hat zwar von einer Beitragssenkung um 1 Prozentpunkt 25 DM netto mehr im Monat. „**Bei drei Kindern zahlt die Familie etwa über die Busfahrkarte fünfmal soviel Ökosteuern**“, kritisiert Sozialrichter Jürgen Borchert. Focus, 10. 1. 2000 ■

# Milliarden-Zuschuss an Bundesanstalt stoppen

**Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Das Jahr 1999 war durch die wachstums- und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktive Politik der rot-grünen Bundesregierung ein verlorenes Jahr für den Arbeitsmarkt.

Die Beschäftigung ist nach der vorläufigen Bilanz 1999 gesunken. (Exakte Zahlen gibt es allerdings bisher nicht). Seit Frühjahr 1999 wird keine aktuelle Zahl der Beschäftigten mehr bekannt gegeben, trotz mehrfacher Aufforderung der Union im Haushaltsausschuss, dies zu tun. Die genauen Zahlen müssen vom Bundesminister auf den Tisch. Wie soll sonst eine realistische Quote der Arbeitslosen ermittelt werden?

Im Jahresdurchschnitt 1999 gab es rein statistisch 180.000 Arbeitslose weniger als 1998. Dies ist einzig und allein durch die demographische Entwicklung bedingt, da 1999 rd. 200.000 mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind als jüngere eingetreten sind. Ohne diesen demographischen Glücksfall ist die Arbeitslosigkeit nicht gesunken, sondern um rd. 20.000 gestiegen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem es 1999 bei der Arbeitslosigkeit keine Fortschritte gab.

## Erwartungen enttäuscht

Auch beim Wachstum hinkt Deutschland mittlerweile hinter der weltweiten Entwicklung hinterher. Während das Wachstum bei uns im Jahr 1999 bei 1,3 vH liegen dürfte, ist es im Euro-Raum mit 2,2

vH deutlich höher. Für dieses Jahr ist zwar mit einem Wachstum von 2,5 vH zu rechnen, doch ist dies zum einen auf die weltwirtschaftlichen Verbesserungen und der damit einhergehenden Expansion des Exports zurückzuführen und zum anderen bleibt unsere Wachstumserwartung hinter dem Wachstum im Euro-Raum (2,9 vH) wiederum zurück.

## Weiterhin Stagnation

Wer, wie die rot-grüne Bundesregierung, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtert hat, der ist verantwortlich für die Stagnation am Arbeitsmarkt trotz gewaltiger Mittel aus dem Bundeshaushalt. 1999 wurden die Arbeitsmarktausgaben um 6 Mrd DM auf 41,8 Mrd DM erhöht!

Die CDU/CSU hat die Aufblähung des Zuschusses an die Bundesanstalt mehrfach kritisiert. In diesem Jahr dürfte allein nach der demographischen Entwicklung kein Zuschuss mehr erforderlich sein. Die vorgesehenen 7,8 Mrd DM (dies entspricht in etwa einer erwarteten Verringerung der Arbeitslosen im laufenden Jahr um 200.000) könnten zur sofortigen Beitragsenkung bei der Arbeitslosenversicherung, Steuersenkung oder Investitionsförderung bei Infrastrukturprojekten eingesetzt werden. Eine weitere Anhebung der Zuschüsse für Arbeitsmarktausgaben ist jedenfalls kontraproduktiv. Der erste Arbeitsmarkt braucht Belegung! Dann steigen auch Steuer- und Beitragseinnahmen wieder. Nach dem ersten kompletten Jahr der Regierung Schröder stellt ihm der Arbeitsmarkt eine schlechte Bilanz aus. ■

## Quo vadis, Bundeswehr?

**W**ie sieht die Zukunft der deutschen Streitkräfte angesichts steigender Anforderungen einerseits und ständig gekürzten Mitteln andererseits aus? Welche sicherheitspolitischen Risiken erfordern welche militärischen Antworten, wie sehen neue Konzepte angesichts völlig veränderter Rahmenbedingungen aus? Wie also weiter mit der Bundeswehr?

Mit dieser Vorstellung beginnt die Stiftung eine bundesweite Serie von Diskussion und Anhörungen, die von den KAS-Bildungswerken in den kommenden Monaten durchgeführt werden. Hintergrund ist die von der Bundesregierung eingesetzte „Zukunftskommission

Bundeswehr“, die den Auftrag hat, bis September 2000 die Optionen für die künftige Bundeswehrstruktur vorzulegen. Allerdings könnten die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung bereits im Vorfeld Fakten schaffen, bevor die Bestandsaufnahme der Kommission abgeschlossen ist.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung schafft nun ein Forum für den Dialog von Bundeswehrangehörigen und sicherheitspolitischen Experten. Ein eigenes Positionspapier der Stiftung wird im Frühsommer 2000 präsentiert.

**Kontakt: Dr. Karl-Heinz Kamp**

**Tel: 02241/246-252**

**Fax: 02241/246-294**

## „Forum Energie 2010“ nimmt seine Arbeit auf

**I**n der Konrad-Adenauer-Stiftung traf jetzt zum ersten Mal das „Forum Energie 2010“ zusammen. Fachleute aus Politik, Energieforschung, Energiewirtschaft und Verbänden diskutieren unter der Leitung von Kurt-Dieter Grill, dem Berichterstatter für Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Wilhelm Staudacher, dem Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, über die Grundzüge einer zukunftsorientierten Energiepolitik.

Im Mittelpunkt stehen die Fragen eines nachhaltigen Energiekonzeptes. Es zeichnet sich durch Umweltfreundlichkeit, Ressourcenschonung, Wirtschaftlichkeit

und Sozialverträglichkeit aus. Außerdem muss es wettbewerbsfähig sein und darf den Verbraucher nicht übermäßig belasten. Ideologisches Wunschdenken steht bisher oft der Realisierung von Nachhaltigkeit in konkrete Politik entgegen. Schlüssige Konzepte sind gefragt, die sich an wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fakten orientieren.

Für ein energiepolitisches Gesamtkonzept sind die Zeithorizonte entscheidend: Rationelle Energienutzung kann kurzfristig eine nachhaltige Energieversorgung sichern. Erneuerbare Energien gewinnen dagegen erst langfristig an Bedeutung.

# Beschäftigungspolitisches Nullsummenspiel

**Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben sich am 10. Januar im „Bündnis für Arbeit“ auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt.**

Tatsache ist jedoch: Von einem „Durchbruch“ für den Arbeitsmarkt kann überhaupt keine Rede sein. Die Beteiligten waren damit beschäftigt, nebulöse Formelkompromisse zu diskutieren und Selbstverständlichkeiten zu formulieren, um ein Scheitern der Bündnis-Gespräche abzuwenden. Die Vereinbarungen bringen für Bürger und Betriebe weiterhin keine Klarheit, keine Planungssicherheit und vor allem nicht mehr Arbeitsplätze.

## Wirkungslose Absichtserklärungen

Unter dem Strich sind nur Selbstverständlichkeiten ohne Substanz und Konzeption herausgekommen. Die Beteiligten stellen in Aussicht:

- eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik für die anstehende Tarifrunde 2000 – was immer das heißen mag. Handeln müssen jetzt ohnehin die Tarifpartner. Dazu hätte es keines „Bündnisses“ gebraucht. Aber Schröder bleibt sich treu: The Show must go on!
- Wege für ein beschäftigungswirksames vorzeitiges Ausscheiden langfristig Versicherter aus dem Erwerbsleben, ohne dass zusätzlich Belastungen für die Sozialversicherungen entstehen. Das ist im Grunde die Rente mit 60 in verdeckter Form: Die Arbeitslosigkeit wird in der Rentenversicherung versteckt.

Die Vereinbarungen sind enttäuschend. Sie bringen keine Entscheidungen. Die Differenzen über die konkreten Inhalte bestehen fort. Das zeigen Forderungen der IG Metall nach Lohnerhöhungen um 5,5 Prozent. Weiterer Streit über die verdeckte Einführung der „Rente ab 60“ und eine „beschäftigungsorientierte mehrjährige Tarifpolitik“ ist vorprogrammiert. Für den Arbeitsmarkt bringen diese Pläne nichts. Eine größere Schar Älterer wird aus dem Erwerbsleben ausscheiden, eine weitaus kleinere Zahl Jüngerer wird eingestellt. Das haben alle Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt.

**Prof. Dr. Rüdiger Pohl**, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) bezeichnete die Vereinbarungen als „alte Hüte: Das wussten wir alles schon. Da brauchen wir kein Bündnis für Arbeit.“ (9.1.2000, mdr-aktuell).

## Schröders Luftnummern

Kanzler Schröder hat die Bündnis-Gespräche zu einer Medieninszenierung genutzt, um von seinem Versagen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik abzulenken:

- Am **ARBEITSMARKT** herrscht Stagnation: Im Dezember 1999 waren wieder mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Bundesregierung profitiert ausschließlich von der Entlastung durch den demografischen Wandel: Es scheidet mehr ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben aus, als jüngere ins Erwerbsleben eintreten.

● Die **KONJUNKTURELLE BELEBUNG** geht am Arbeitsmarkt vorbei. 1999 hat es die Schröder-Regierung sogar geschafft, mit ihrer kontraproduktiven Politik das Wirtschaftswachstum auf etwa 1,4 Prozent zu halbieren. Die erwartete Zunahme von 2,5 Prozent für 2000 ist nichts anderes als Ausdruck der weltwirtschaftlichen Verbesserungen. Entgegen der von der Schröder-Regierung viel beschworenen Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum vom Export gestützt. Die Konjunktur tut mehr für Schröder als Schröder für die Konjunktur.

● Bei **STEUERN UND ABGABEN** versagt die Schröder-Regierung Bürgern und Betrieben durchgreifende Entlastungen. Die halbherzigen und unzureichenden Entlastungen in dieser Legislaturperiode werden von den ständig steigenden Ökosteuern aufgeessen. Mit der Rentenwillkür, der Gesundheitsreform 2000, der Neuregelung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse und der Scheinselbständigkeit-Regelung werden Bürger und Betriebe gegängelt.

## Auf gute Zusammenarbeit

**Zur Wahl des neuen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble:**

Im Namen der CDU Deutschlands beglückwünsche ich Paul Spiegel zu seiner Wahl zum neuen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland. Er tritt ein besonders wichtiges Amt nicht nur für das jüdische Leben in Deutschland an. Ich bin sicher, dass er wie seine Vorgänger einen wesentlichen Beitrag für Demokratie und Toleranz leisten wird. Ich freue mich sehr auf eine gute Zusammenarbeit.

## Eine deutsche Scheinlösung

**Den zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und den Arbeitgebern geschlossenen Stabilitätspakt in Deutschland kommentiert das Wirtschaftsblatt „Financial Times“ (London):**

*Bundeskanzler Gerhard Schröder hat den Pakt als eine fundamentale Kursänderung gepriesen. Aber das ist er leider nicht. Hier handelt es sich um nichts anderes als Schadensbegrenzung, mit der keine oder nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Problem der Rentenfinanzierung könnte damit eher noch verschlimmert werden. Der Pakt enthält wenig Hinweise darauf, dass Deutschland für die Arbeitsplatzbeschaffung erst einmal mehr Flexibilität und weniger Bürokratie auf dem Arbeitsmarkt braucht. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat seine Verhandlungskünste bewiesen, aber auch nicht mehr.*

● Die **PREISE** für die Verbraucher ziehen wieder deutlich an. Im Mai 1999 lag der Preisanstieg noch bei 0,4 Prozent im Dezember schon bei 1,2 Prozent. Selbst die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr insgesamt mit einem mehr als doppelt so hohen Preisanstieg als noch 1999 (0,6 Prozent).

**Fazit:** Schröder schiebt seine Verantwortung für eine verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an die Tarifparteien weiter. Nicht einmal er selbst rechnet mit einem über die demografische Entwicklung hinausgehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit. Auf klare, verlässliche und berechenbare Entscheidungen, die Wirtschaft und Arbeitsmarkt voranbringen, müssen Beschäftigte, Arbeitslose und auch Betriebe weiter warten. ■

# Viel Lärm um nichts

## Zu den Ergebnissen der Bündnis-für-Arbeit-Gespräche erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Wieder einmal eine typische Schröder-Nummer! Was hier strahlend und kamera-wirksam als „Durchbruch“ verkündet wird, ist nichts weiter als ein Scheinkompromiss, der die Probleme nicht löst, sondern aufschiebt.

Nicht einmal 24 Stunden nach Verkündung einer Einigung interpretieren beide Seiten der Bündnispartner die Ergebnisse ihres wochenlangen Ringens völlig unterschiedlich. Was für die einen schon der Einstieg in die Rente mit 60 ist, ist für die anderen auf Jahre verlässliche Tarifpolitik orientiert am Produktivitätszuwachs. Wozu saß Herr Schröder eigentlich mit am Tisch? Der Bundeskanzler hat keine Führung übernommen, sondern geschickt versagt.

Weniger Menschen werden für eine wachsende Anzahl von Menschen die Rente aufbringen müssen, Arbeit wird teurer. Man darf gespannt sein, wie dieser als Durchbruch verkaufte Spagat ohne den Verlust von Arbeitsplätzen über die Bühne gehen wird.

## Grenzen deutlich geworden

### Zur neuen Runde des Bündnisses für Arbeit erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Mit dem Ergebnis der heutigen Runde sind die Grenzen des „Bündnis für Arbeit“ deutlich geworden. Die eigentlichen Weichenstellungen müssen nun Arbeitgeber und Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen vornehmen, und dies ist auch richtig so. Ich appelliere an die Tarif-

parteien, die richtigen Entscheidungen im Blick auf die Arbeitslosen zu treffen.

Bundestag und Bundesrat sind ihrerseits dafür verantwortlich, die politischen Rahmenbedingungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu setzen. Dazu gehört eine vernünftige Steuerreform mit deutlichen Entlastungen für Bürger und Unternehmen. Die Union hat hierzu Vorschläge auf den Tisch gelegt und ist für die parlamentarischen Beratungen bestens gerüstet. Parteiübergreifend sind wir bereit, das Thema Rente für eine mittelfristige Perspektive zu lösen. Deshalb bleibt es wichtig, die Fragen der Alterssicherung in diesen Gesprächen zu klären. Wir werden uns dabei gegen alle Versuche wehren, doch noch die Rente mit 60 durch die Hintertür einzuführen.

## Kein Durchbruch

### Zu den Ergebnissen der Bündnisgespräche erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Der Kompromiss beim Bündnis für Arbeit ist kein Erfolg und schon gar kein Durchbruch. Er ist, wenn er denn in den Tarifverhandlungen umgesetzt wird, ein beschäftigungspolitisches Nullsummenspiel, das keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen wird. Daran ändern auch alle Beschwörungen der Bündnispartner nichts.

Zwar wurde der Wille zu einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik seitens der Gewerkschaften bekundet. Das ist zu begrüßen, aber nicht neu. Diese Vereinbarung mit Maßnahmen für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Ruhestand zu verbinden, wird deren beschäftigungspolitischen Erfolg zunichte machen. Die For-

mulierungen bleiben zudem vage, die Erklärungen der Beteiligten gewunden. Im Ergebnis ist es ein Kompromiss, der viele Fragen und viele Hintertüren offen lässt. Die Handwerksbetriebe haben nichts Gutes zu erwarten.

Was das Papier der gestrigen Vereinbarung wirklich wert ist, werden die nun anstehenden Tarifverhandlungen zeigen. Dann wird deutlich werden, was die Tarifparteien unter maßvoller und langfristiger Lohnpolitik verstehen. Die heutigen Äußerungen der IG-Metall lassen hier nichts Gutes ahnen.

Immerhin hat die gestrige Bündnisrunde bewirkt, die Verantwortung dort hinzu-schieben, wo sie hingehört: zu den Tarifpartnern.

## **Falsches Signal für die Rente**

**Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram, erklärte zu den Ergebnissen der gestrigen Verhandlungsrunde des Bündnisses für Arbeit:**

Vom Bündnis für Arbeit geht das falsche Signal für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung aus: Die Frühverrentung soll noch weiter ausgebaut werden. Die „Rente mit 60“ ist zwar in dem Kompromisspaket nicht mehr erwähnt, doch das Ergebnis ist das Gleiche. Die Bundesregierung will die gesetzlichen, zeitlich befristeten Voraussetzungen für einen vorzeitigen Renteneintritt schaffen und das Rentenalter absenken.

Für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung ist das Ergebnis eine Katastrophe. In 35 Jahren wird Deutschland eine der ältesten Bevölkerungen der Welt haben. Um die Rentenversicherung auch in Zukunft finanzierbar zu halten, gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen das tatsächliche Renteneintrittsalter, das heute unter

60 Jahren liegt, langfristig auf 65 Jahre erhöhen und dürfen es nicht absenken.

Eine Herabsetzung des Rentenalters verschärft den Generationenkonflikt weiter. Die Jungen, die schon heute mehr als jede andere Generation zuvor von ihrem Einkommen an den Fiskus und die Sozialversicherung abgeben müssen, würden durch diese neue Frühverrentungswelle erneut zur Kasse gebeten. Sie selber werden nie in den Genuss eines vorzeitigen Renteneintritts kommen.

Deshalb gilt: Für die Weiterentwicklung der Alterssicherung ist der gestrige Kompromiss im Bündnis für Arbeit ein Rückschritt.

## **Ankündigungen schaffen noch keine Arbeitsplätze**

**Kompromiss beim Bündnis für Arbeit erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rau:**

Durch diesen Kompromiss wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Er ist nicht mehr als eine Schaunummer, für Gerhard Schröder und Verbandsfunktionäre, die hiermit ihre Daseinsberechtigung nachweisen wollen. Kein Verbandsfunktionär kann Zusage für mehr Arbeitsplätze geben. Diese können nur in den Betrieben geschaffen werden. Sie entstehen nur dann, wenn der Unternehmer die Wünsche seiner Kunden zu bezahlbaren Preisen erfüllen kann. Daran ändert auch das Bündnis für Arbeit nichts.

Dies geht nur über eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer und der Unternehmen, mit dem Ziel, dass die arbeitenden Menschen netto wieder mehr in der Tasche haben und die Arbeitskosten sinken. Die Politik der Bundesregierung führt aber zum Gegenteil.

# Der Ruck auf dem Arbeitsmarkt ist ausgeblieben

**Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen der Nürnberger Bundesanstalt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Rot-grün hinterlässt 1999 deutliche Bremspuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Dynamik, wie sie im letzten Jahr vor dem Regierungswechsel von der unionsgeführten Bundesregierung in Gang gesetzt worden war, ist völlig verloren gegangen. Der vollmundig angekündigte Ruck ist ausgeblieben. Bei Fortsetzung der guten 1998er Bilanz hätten es 1999 deutlich unter 4 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt sein können, ja sein müssen.

Die arbeitsmarktpolitischen Fehlleistung der rot-grünen Bundesregierungen haben dazu geführt, dass praktisch Stillstand herrscht. Die dennoch im Jahresdurchschnitt niedriger ausfallende Arbeitslosenzahl geht fast ausschließlich auf demografische Einflüsse sowie die Entlastung des Arbeitsmarktes durch das Jugendprogramm und die Neuregelung des Schlechtwettergeldes zurück. Dies alles sind aber nur Scheinerfolge, zum Teil auf Kosten der öffentlichen Kassen.

Was wirklich zählt, ist die Schaffung neuer, zusätzlicher und zukunftsfester Arbeitsplätze. Und da ist in der Bilanz der Schröderregierung Fehlanzeige. Mit Stand Oktober 1999 ist die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 74.000 zurückgegangen.

Besonders alarmierend aber ist die überproportionale Zunahme der Arbeitslosigkeit im Osten. Sie wuchs von 16,9 Prozent im November auf 17,7 Prozent im Dezember und liegt damit noch um 0,3 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Chefsache

ist bei Schröder zur Nebensache Aufbau Ost degeneriert. Das haben die neuen Bundesländer nicht verdient.

\*\*\*

## Schröder und Riester beschönigen die Lage

**Der optimistischen Prognose des Bundeskanzlers und seines Arbeitsministers zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 2000 wird auch von der Opposition widersprochen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz erklärte dazu in Berlin:**

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird auch im nächsten Jahr nur unwesentlich zurückgehen. Für die optimistischen Prognosen des Bundeskanzlers und seines Arbeitsministers gibt es keine Basis. Die Arbeitslosenquote wird nur deshalb leicht sinken, weil das Erwerbstätigenpotential in den nächsten 2 - 3 Jahren zurückgeht: Es drängen geburtenschwache Jahrgänge in den Arbeitsmarkt, während relativ geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Auf diesen Zusammenhang haben die 6 führenden Wirtschaftsforschungsinstitute die Bundesregierung bereits im Herbst hingewiesen. Diese Einschätzung ist von allen Instituten in diesen Tagen noch einmal bestätigt worden. Für optimistische Arbeitsmarktprognosen gibt die wirtschaftliche Lage der Betriebe in Deutschland gegenwärtig nichts her. Das Beschäftigungsproblem ist nicht gelöst. 1999 war ein verlorenes Jahr für den Arbeitsmarkt. Nach wie vor fehlen mehr als 4 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Die tatsächliche Lage auf dem Arbeits-

markt ließe sich leicht feststellen, wenn die Bundesregierung nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Zahl der Erwerbstätigen nennen würde. Diese Zahl wird aber von der Bundesregierung seit Anfang 1999 nicht mehr veröffentlicht. Die Bundesregierung wird wissen, warum.

\*\*\*

## Eigenlob der Regierung widerlegt

**Zu den neuesten Erwerbstätigenzahlen des statistischen Bundesamtes erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:**

Die Regierung ist bei der Verbesserung der Beschäftigungslage seit Amtsantritt keinen Schritt voran gekommen. Dies beweisen die Erwerbstätigenzahlen, die das Statistische Bundesamt heute vorgelegt hat. Im Oktober 1999 gab es knapp 80.000 Beschäftigte weniger in Deutschland als im Oktober 1998, dem letzten Amtsmonat der Regierung Kohl.

Damit wird das Eigenlob der Regierung wegen der im saisonalen Vergleich relativ günstigen Arbeitslosenzahlen vom Dezember 1999 als hohles Gerede entlarvt. Die Arbeitslosenstatistik sieht nur deshalb halbwegs gut aus, weil mehr ältere Arbeitnehmer in Ruhestand gehen als jüngere nachkommen. Die chaotische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung Schröder hat dagegen eine positive Beschäftigungsentwicklung verhindert.

Ich befürchte, dass sich dies trotz guter Wachstumsprognosen auch im Jahr 2000 fortsetzt. Die Bundesregierung muss endlich umschalten auf eine beschäftigungsfördernde Politik. Durchgreifende Steuerersenkungen für alle, die Abschaffung überflüssiger Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt und eine Verbesserung der Anreizstrukturen in den sozialen Sicherungssystemen sind das Gebot der Stunde.

## Michael Luther: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland katastrophal

**1999 ist ein sehr schlechtes Jahr für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland gewesen. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist 1999 beständig gestiegen, auch im Dezember 1999 ist sie erneut überproportional gestiegen.**

Ostdeutschland wird immer stärker von der gesamtdeutschen Entwicklung abgehängt. Trotz der Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 200.000 Arbeitslose durch den aufgrund der Altersentwicklung vorgegeben Rückgang der Arbeitslosenzahlen gibt es keine Besserung und nicht einmal ein Zeichen der Hoffnung für die Arbeitssuchenden in Ostdeutschland.

Gerhard Schröder wollte sich an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit messen lassen, eine Million weniger Arbeitslose sollten es bis 2002 werden. Das Ergebnis für 1999 ist eindeutig: Gerhard Schröder hat vollständig versagt.

Deutschland braucht endlich einen Kurswechsel, eine Politik, die den ersten Arbeitsmarkt fördert und dadurch Arbeitsplätze schafft. Die zaghaften Schritte der Bundesregierung für eine Steuerreform reichen dazu nicht.

## Personalie

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU Deutschlands, **Armin Laschet** MdEP, ist in Berlin erneut in den Bundesvorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) gewählt worden. Der Europaabgeordnete aus Aachen gehört seit 1995 dem Vorstand der Gesellschaft an, die in Deutschland über die Weltorganisation informiert und die Dokumente der UNO in deutscher Sprache veröffentlicht.

# 1999: Für Wachstum, Beschäftigung Arbeitsmarkt ein verlorenes Jahr

**Zur Haushaltspolitik 1999 und 2000 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Das zu Ende gegangene Jahr 1999 ist Gelegenheit, Bilanz in der Haushaltspolitik 1999 zu ziehen und den Blick auf das Jahr 2000 zu richten. Es wird deutlich: Das Jahr 1999 war ein Jahr expansiver Haushaltspolitik, und auch für das kommende Jahr kann von Sparpolitik keine Rede sein.

Der Abschluss des Bundeshaushalts 1999 wird durch die höchste Ausgabensteigerung seit Jahren gekennzeichnet sein. Mit etwa 485 Mrd DM dürften die Ausgaben um 30 Mrd DM oder gut 6 vH über dem Ist 1998 liegen und nur unwesentlich vom Soll abweichen.

## Arbeitslosigkeit stagniert

Dabei ist berücksichtigt, dass der Bund einerseits gut 4 Mrd DM zusätzliche Ausgaben an das Bundeseisenbahnvermögen leisten muss, da der geplante Verkauf der Eisenbahnerwohnungen für dieses Jahr gescheitert ist. Andererseits wird der mit 11 Mrd DM völlig überreichlich bemessene Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit bei weitem nicht benötigt und allenfalls bei etwa 7 Mrd DM liegen. Trotz dieses hohen Zuschusses und der Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen um 6 Mrd DM stagniert die Arbeitslosigkeit im abgelaufenen Jahr auf Grund der wachstums- und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiven rot-grünen Politik auf unverändert hohem Niveau. Selbst der aus rein demografischen Gründen zu erwartende Rückgang der Arbeitslosigkeit um 200.000 im Jahresverlauf 1999 ist nicht eingetreten. Auf der Einnahmeseite

dürfte das Soll 1999 in etwa erreicht werden, da der Bund einerseits Steuermehreinnahmen von rd. 2 Mrd DM zu erwarten hat. Unter der Voraussetzung, dass die im Haushaltssoll mit 6 Mrd DM eingestellten „Erlöse aus der Veräußerung von Forderungen gegenüber der Bahn AG“ noch 1999 vereinnahmt werden und rd. 3 Mrd DM Privatisierungseinnahmen (Deutsche Ausgleichsbank, Treuhandvermögen Bergarbeiter-Wohnungsbau, Frankfurter Siedlungsgesellschaft sowie die Flughäfen Hamburg und Köln/Bonn) nach 2000 verschoben werden, dürften die Ein-

**Der Haushalt 2000 ist noch nicht im Gesetzblatt verkündet. Aber er ist heute schon Makulatur.**

nahmen knapp das Soll erreichen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Nettokreditaufnahme 1999 bei etwa 53 Mrd DM liegen dürfte.

## Mit sieben Mrd. Mark belastet

Der Bundeshaushalt 2000, der noch nicht im Gesetzblatt verkündet ist, ist bereits schon jetzt Makulatur. Von den ursprünglich vom Finanzminister großspurig angekündigten Einsparungen von 30 Mrd DM blieben nach Abschluss der Haushaltsberatungen weniger als 7 Mrd DM geringere Ausgaben gegenüber 1999 übrig. Unter Berücksichtigung der Einigung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter und der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses wird die Ausgabe Seite mit über 7 Mrd DM belastet und das Ausgabevolumen liegt dann mit 486 Mrd DM über dem Niveau von 1999.

Auf der Einnahmeseite werden Steuer- ausfälle auch durch die Zwangsarbeiter- regelung sowie die Ergebnisse des Ver- mittlungsausschusses dazu führen, dass mit 2 Mrd DM Einnahmeausfällen zu rechnen ist.

## Bisher von Rot-Grün immer als „Verscherbeln von Tafelsilber“ gebrandmarkt

Angesichts dieser Belastungen von insge- samt mehr als 9 Mrd DM und der politi- schen Bedeutung der Maßnahmen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesfinanzminister auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt 2000 vorzulegen. Dort muss im Einzelnen dargelegt werden, welche zusätzlichen Privatisierungserlöse – die von Rot-Grün bisher immer als „Ver- scherbeln von Tafelsilber“ gebrandmarkt wurden – zur Finanzierung dieser gesetz- lichen Leistungen in den Haushalt einge- stellt werden müssen, und wie der Artikel 115 GG einhalten werden soll.

Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der rot-grünen Politik lassen sich mit Stagnati- on und mehr Schein als Sein zusammen- fassen:

- Die Beschäftigung sinkt weiter, die Ar- beitslosigkeit stagniert trotz der demogra- fischen Entlastung.
- Das Wachstum wird gegenüber 1998 (+ 2,8 vH) mit etwa 1,4 vH halbiert und die für das Jahr 2000 von sachverständiger Seite erwartete Zunahme um 2 1/2 vH ist nichts weiter als Ausdruck der weltwirt- schaftlichen Verbesserungen und des da- mit einhergehenden Anziehens unserer Exporte. Rot-Grün lässt vorhandene Wachs- tumpotentiale ungenutzt; im Jahr 2000 werden wir mit der realen Wirtschaftsent- wicklung niedriger liegen als der EURO- Raum.

- In der Energiepolitik wird seit einem Jahr geredet, getan hat sich nichts.
- Trotz des Abkassierens durch die Öko- steuer mit rd. 35 Mrd DM bis zum Jahr 2003 fließen lediglich 20 Mrd DM in die Rentenkasse. Der Spritpreis wird – durch dieses rot-grüne Abkassieren mit verur- sacht – Anfang Januar die Schallmauer von 2 DM durchbrechen.
- Die Staatsquote steigt 1999 auf 49 vH, nachdem sie von der früheren Bundes- regierung von 50,3 vH im Jahr 1996 auf 48,3 vH 1998 zurückgeführt wurde.
- Die Steuerquote steigt auf 23 vH 1999 gegenüber 22 vH im Jahr 1998. Am 1. Ja- nuar steigen die Steuern. Unter Berück- sichtigung angekündigter weiterer Schritte dürfte die Steuerquote im Jahr 2003 mit dann 22 1/2 vH über der Steuerquote von 1998 liegen. Allein die Steuereinnahmen des Bundes werden im Jahr 2003 um rd. 90 Mrd DM höher liegen als 1998.
- Die Abgabequote wird nicht – wie ver- sprochen – gesenkt, sondern steigt 1999 auf 41 vH gegenüber 40,1 vH im Jahr 1998.
- Das Defizit des öffentlichen Gesamt- haushalts steigt von 56 Mrd DM 1998 über 64 Mrd DM 1999 auf 74 Mrd DM im Jahr 2000.

**Fazit:** Wer durch einen Zick-Zack-Kurs und durch unvernünftige Steuerpolitik die Wirtschaft und insbesondere den Mittel- stand belastet und damit das Wachstum drosselt, wirtschaftspolitische Fehlent- scheidungen, z. B. 630-DM-Jobs oder Scheinselbstständigkeit, zu verantworten hat und eine verfehlte Haushaltspolitik betreibt, der darf sich nicht wundern, dass das Jahr 1999 für Wachstum, Beschäfti- gung und Arbeitsmarkt ein verlorenes Jahr war. ■

# Erneuter Wortbruch in der Bildungspolitik

**Angesichts des Eingeständnisses von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, entgegen der Zusage im rot-grünen Koalitionsvertrag nicht bis Ende 1999 einen konsensfähigen BAFÖG-Reformvorschlag vorgelegt zu haben, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildungs- und Forschungspolitik, Thomas Rachel:**

Wieder einmal ist SPD-Ministerin Bulmahn wortbrüchig geworden. Trotz gegenteiliger Beteuerungen liegt ein Konzept der rot-grünen Regierung zu einer BAFÖG-Reform immer noch nicht vor. SPD und Bündnis 90/DieGrünen hatten in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20.10.1998 angekündigt:

*„Für eine grundlegende Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung werden wir ein im Bundestag und Bundesrat zustimmungsfähiges Konzept bis Ende 1999 vorlegen“.*

Die Frist ist am 31.12.1999 abgelaufen, geschehen ist nichts.

Statt dessen räumt die Ministerin grundlegende rechtliche Probleme ein. Die rot-grüne Vorstellung von einer Art „Studentengehalt“, das Kindergeld und Steuerfreibeträge zu einer einheitlichen Grundförderung zusammenfasst und direkt an alle Studenten ausgezahlt wird, stößt auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten. Hierauf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon seit langem hingewiesen. Ganz zu schweigen von den Problemen bei der Finanzierbarkeit. Peinlich ist der Verweis von Ministerin Bulmahn auf die Kassenlage des Bundes, nachdem Rot-Grün nach der Bundestagswahl lauthals eine Verdop-

pelung der Ausgaben für Bildung und Forschung innerhalb von fünf Jahren angekündigt hatte.

Besser als ständige Vertröstungen wäre es, den BAFÖG-Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu realisieren. Dieser sieht vor, das Kindergeld bei der Bemessung des BAFÖG nicht mehr anzurechnen. Die Zahl der Geförderten würde um rund 60.000 steigen. Die monatliche Förderleistung läge um 150 Mark höher. Auch sollte nach dem Reformvorschlag der CDU/CSU die Ausbildungsförderung nur noch bis zu einem monatlichen Beitrag von 800 Mark zur Hälfte als Darlehen ausbezahlt werden, darüber hinausgehende Leistungen jedoch komplett als Zuschuss.

Lange Gesichter bei allen Betroffenen: bei den Studentenwerken, den Studentenverbänden und natürlich bei den Studierenden selbst, die wieder einmal getröstet werden. Ein realisierbares BAFÖG-Konzept lässt sich bei Rot-Grün nicht einmal ansatzweise erkennen. Das ist ein weiterer Beweis für eine Bildungspolitik, die viel verspricht, aber wenig hält.

## Bundesregierung verschleppt BAFÖG-Reform

**Zu der Ankündigung von „Eckpunkten“ für eine BAFÖG-Reform durch die Bundesregierung erklärte die BAFÖG-Berichterstatterin der CDU/CSU-Fraktion, Angelika Volquartz:**

Frau Bulmahn hat nicht – wie mehrfach angekündigt – bis Ende 1999 Eckpunkte für eine Strukturreform vorgelegt. Offensichtlich setzt sich der Finanzminister

## Konzepte statt Ankündigungen gefragt

**Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, hat die Energiepolitik der Bundesregierung scharf kritisiert:**

Nach 15 Monaten Diskussion in der rotgrünen Koalition um den Ausstieg aus der Kernenergie steht fest:

Die Bundesregierung und die Koalition wollen raus aus der Kernenergie; ein Konzept für den Ausstieg und eine politisch und ökonomisch abgesicherte Planung für den Ersatz von Kernenergie liegen jedoch nicht vor.

Das insbesondere seit 1980 von SPD/CDU/CSU und FDP im Konsens von Bund und Ländern bis 1990 einstimmig beschlossene Entsorgungskonzept wird politisch gezielt zerstört, ohne auch nur ansatzweise eine Alternative vorlegen zu können, geschweige denn eine wissenschaftlich technisch nachvollziehbare Begründung für die

Nichteignung des bestehenden Entsorgungskonzeptes Gorleben und Konrad. Auch über Konsequenzen für die Klimapolitik, die zu einer gewaltigen finanziellen Mehrbelastung des Standortes Deutschland führen, ist kein Konzept in Sicht.

### Hausaufgaben nicht gemacht

Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundeswirtschaftsminister Müller und Bundesumweltminister Trittin sind dafür verantwortlich, dass aus Ankündigungen der Regierungserklärung für ein Kernstück der Politik von Rot-Grün bis heute kein nachprüfbares Konzept geworden ist.

Die Energiewirtschaft kann getrost das Ausstiegsgesetz abwarten, weil dann deutlich würde, dass die juristischen Hausaufgaben für einen verfassungskonformen, entschädigungsfreien Ausstieg aus der Kernenergie ebenfalls nicht erledigt sind.

durch, der eine Entscheidung erst im Jahr 2001 – gemeinsam mit der nächsten Stufe des Familienleistungsausgleichs – angekündigt hat.

Die Bundesregierung muss aber jetzt einen brauchbaren Gesetzentwurf vorlegen, damit es beim BAföG zu einer raschen und effektiven Verbesserung für die Studierenden kommt. Während die Kosten – Stichwort Ökosteuer – durch Entscheidungen der Bundesregierung zügig erhöht werden, lässt sich diese Bundesregierung bei der Entlastung der Studierenden mit ihrer Politik der Ankündigungen und „Eckpunkte“ Zeit und verschärft damit die Situation für viele Studierende.

Das Ziel, den Anteil der BAföG-Empfänger auf mindestens 25% aller Berechtigten anzuheben, wird durch den vorgelegten Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion verwirklicht. Wesentlich ist dabei, dass bei der Prüfung des Förderungsanspruchs auf die Anrechnung des Kindergeldes und gleichartiger Vergünstigungen verzichtet wird, damit der Staat nicht mit der einen Hand gibt und mit der anderen wieder nimmt.

Die Bundesregierung muss sich außerdem endlich mit den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen ihre Pläne für einen direkt zu zahlenden Sockelbetrag befassen, mit dem Kindergeld und Freibeträge ersetzt werden sollen. ■

Jürgen Rüttgers:

## Die Union bleibt dran am Thema Integration

### Integration und Islam

**Anlässlich der Vorstellung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Islam in Deutschland“ am 14. Dezember erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:**

Die Union bleibt dran am Thema „Integration“. Die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Islam in Deutschland“ ist Teil unserer Bemühungen, einer besseren Ausländerintegration in Deutschland den Weg zu bereiten.

Unter den ausländischen Mitbürgern in Deutschland sind ca. drei Millionen muslimischen Glaubens. Schon darum ist die Frage nach dem Islam in Deutschland eine der Kernfragen einer modernen Integrationspolitik.

Die religiösen Bindung der Bürger ist für Gesellschaften eigentlich ein stabilisierendes Element. Um so mehr sind Politik und Gesellschaft gefordert, der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Religion von Extremisten verschiedenster Couleur zum Mittel gesellschaftlicher Desintegration umfunktioniert wird: Abkapselung in einer selbstbezogenen religiösen Identität einerseits, Abwehr alles vermeintlich Fremden andererseits. Für beides gibt es leider Beispiele.

Das Miteinander von dauerhaft in Deutschland lebenden muslimischen Ausländern – eingebürgerten und deutschen

Muslimen auf der einen und der einheimischen, christlich geprägten Bevölkerung auf der anderen Seite – ist oft noch von Unkenntnis und gegenseitigem Unverständnis geprägt.

Gegen Unwissen und Vorurteile hilft nur Aufklärung. Mit der Großen Anfrage wollen wir eine offene Diskussion anstoßen, ohne Verdächtigungen und Schaum vor dem Mund, aber auch ohne Fragetabus oder falsche Scheu vor dem Ansprechen der Probleme.

---

### Das Verhältnis zum Staat

---

Neben den eher statistischen Fragen nach Zahlen, Richtungen und Verbänden geht es in der Großen Anfrage vor allem um den Bereich der Religionsausübung. Dabei werden Themen wie Muezzinruf, Schächten und Kopftuch, aber auch Achtung der muslimischen Feiertage z.B. auf der Arbeitsstelle oder in der Bundeswehr, Möglichkeit muslimischer Bestattung auf Deutschen Friedhöfen und Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen und in den Streitkräften angesprochen.

Ein wichtiger Bereich ist sodann das Verhältnis zum deutschen Staat: Wie können Muslime mit der westlichen kulturellen Errungenschaft der Säkularisation, der Trennung von Staat und Religion umgehen? Können sie wie die christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften den

## Hessen schafft Voraussetzungen für Erstattung von ausländischen Haftkosten

**Hessen hat als erstes Bundesland die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es vom Jahr 2000 an möglich ist, ausländischen Staaten die Haftkosten zu erstatten, die bei der Übernahme in Deutschland verurteilter Straftäter zur Strafvollstreckung im Ausland entstehen. Darauf hat Ende Dezember der Staatssekretär im hessischen Justizministerium Herbert Landau hingewiesen.**

„Im vom Landtag verabschiedeten Haushalt 2000 haben wir entsprechende Vorsorge getroffen, um auf von uns für notwendig erachtete Gesetzesänderungen rasch reagieren zu können“, betonte Landau in Wiesbaden. Im Ju-

stizhaushalt 2000 ist ein Posten vorgesehen (Haushaltstitel 0505-67601), der es dem Ministerium ermöglicht, bei Überstellung ausländischer Straftäter zur Haftverbüßung in ihren Heimatstaat Haftkosten zu erstatten. Zwar sei für eine solche Erstattung eine Änderung der entsprechenden Bundesgesetze und eventuell neue völkerrechtliche Abkommen erforderlich. „Wenn aber jetzt die Bundesjustizministerin unseren Forderungen nachkommt, die Überstellung ausländischer Straftäter zur Haftverbüßung im Ausland endlich auch ohne deren Zustimmung zu ermöglichen, so kann hier rasch gehandelt werden“, betonte Landau.

Status einer „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“ als einer besonderen Nähebeziehung zum demokratischen Staat erlangen? Wie sieht es mit einem Ansprechpartner für den Staat in Fragen des Religionsunterrichts aus?

Nicht ausgeklammert werden die Fragen nach dem islamistischen Fundamentalismus und Extremismus. Was wissen unsere Sicherheitsbehörden über derartige Betätigungen im Inland und über Beziehungen zu auswärtigen Mächten und Organisationen im Ausland?

Schließlich gehören angesichts der Realität zahlreicher muslimisch geprägter Staaten und einem immer noch überwiegend ausländisch geprägten persönlichen oder jedenfalls familiären Hintergrund der in Deutschland lebenden Muslime äußere Aspekte zum Thema: Wie nehmen die Muslime in Deutschland zur Behandlung von Christen und Juden in muslimischen Staaten, zur Gleichbehandlung der Frau in

muslimischen Gesellschaften und Praktiken wie der auch in islamischen Staaten vorkommenden Frauenbeschneidung Stellung?

Es ist zu hoffen, dass die Bundesregierung sich endlich dem großen Thema Integration zuwendet und ihre Fixierung auf die formellen Fragen der Staatsbürgerschaft aufgibt. An der Sorgfalt und Ernsthaftigkeit der Antwort auf diese Große Anfrage werden wir die bisher unzureichende Integrationspolitik der Bundesregierung messen.

Die Anfrage ist Resultat einer großen Anhörung der CDU/CSU-Fraktion im Sommer. Die vierstündige Diskussion mit Vertretern der großen islamischen Verbände, Ausländerorganisationen, Kirchen, Wissenschaftlern und Politikern wird in einer Broschüre dokumentiert, die genauso wie die Große Anfrage über die Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion bezogen werden kann. ■

# Freiwilliger Dienst von Frauen: Ja! Ausstieg aus der Wehrpflicht: Nein!

**Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) über die Öffnung für den freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:**

Die CDU/CSU will Frauen den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr ermöglichen. Einen Ausstieg aus der Allgemeinen Wehrpflicht durch die Hintertür darf es aber nicht geben.

Die Bundeswehr hat in der Vergangenheit mit dem Einsatz von Frauen gute Erfahrungen gemacht. Das Urteil des EuGH gibt für die Zukunft die richtige Richtung vor. Allerdings weist der EuGH in seinem Urteil, wie bereits in dem ähnlich gelagerten Fall „Sirdar“ selbst darauf hin, dass Frauen dann vom freiwilligen Einsatz in den Bereichen der Streitkräfte ausgeschlossen werden können, „wenn das Geschlecht aufgrund der Art oder Bedingung der Tätigkeit eine unabdingbare Voraussetzung darstellt.“

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen für den freiwilligen Einsatz von Frauen in der Bundeswehr zu schaffen. Zum einen muss im Grundgesetz geregelt werden, dass der freiwillige Einsatz von Frauen grundsätzlich möglich ist, gleichzeitig aber Ausnahmen für bestimmte Verwendungsbereiche, z.B. bei „Kommando-Spezial-Kräften“ (KSK) und Kampfschwimmern, gemacht werden können. Zum anderen muss im Grundgesetz ergänzt werden, dass der freiwillige Einsatz von Frauen in der Bundeswehr durch ein Bundesgesetz geregelt wird. Für eine Änderung/Ergänzung des Grundgesetzes in diesem Sinne ist die CDU/CSU bereit.

Allerdings sind für mich Frauen in Schützengräben oder als Einzelkämpfer ausgeschlossen. Sie können aber, wie auch in anderen Armeen, als Pilotinnen und in kampfunterstützenden Einheiten, z.B. in einer Raketenstellung am Radarschirm, als Fernmelder, im Stabsdienst oder in der Logistik eingesetzt werden. Auch der Wachdienst von Frauen muss zukünftig möglich sein.

## Falscher Vergleich

Die Debatte um den freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr darf aber nicht dazu führen, die Allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen. Eine solche Diskussion wäre vordergründig und wird nur von denen benutzt, die die Allgemeine Wehrpflicht ohnehin abschaffen wollen. Die Wehrpflicht hat sicherheitspolitische Gründe und nichts mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu tun. Hier werden zum Teil bewusst Äpfel mit Birnen verglichen.

Die CDU/CSU lehnt eine Allgemeine Wehrpflicht für Frauen ab. Mit der Allgemeinen Wehrpflicht nur für Männer kann einerseits die Verteidigungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr hinreichend gewährleistet werden. Andererseits ist sie ein Stück Ausgleich für die Benachteiligung von Frauen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Gesellschaft.

Wir stehen also erst am Anfang einer Debatte, und müssen uns nun klar darüber werden, was für die Frauen und was für die Bundeswehr möglich und vernünftig ist. Hierbei müssen die Erfahrungen anderer Länder mit berücksichtigt werden. ■

Telefax 02226/802-333



# Bestellschein

für ein Abonnement der Wandzeitung  
jährlich acht Wandzeitungen im Format DIN A2

**Ja**, ich möchte  
meine Schaukästen  
immer aktuell gestalten  
und bestelle hiermit ein  
Jahres-Abonnement des  
Wandzeitungsdienstes

Bestell-Nr.	Bestell-Menge	Artikel	Preis
8010		bis zu 10 Expl. je Ausgabe	92,80 DM
8060		bis zu 60 Expl. je Ausgabe	116,-- DM
8200		bis zu 200 Expl. je Ausgabe	174,-- DM

Preise verstehen sich inkl. 16% MwSt. und Versand

Absender/KV-Nr.:

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Telefon

### Bankverbindung

Der Zahlungsmodus erfolgt ausschließlich per Lastschriftzug

Der Betrag soll von folgendem Konto per Lastschrift eingezogen werden

Bank

Datum / 1. Unterschrift

BLZ

Konto-Nr.

### Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb  
von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG Medi-  
enzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist  
genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / 2. Unterschrift

### So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung:  
Dieter Herzig    Telefon 02226/802-300  
Sonja Bach-Meiers    Telefon 02226/802-301  
Gerne helfen wir Ihnen auch bei der Gestaltung und  
Durchführung von anderen Druckerzeugnissen!  
Union Betriebs-GmbH  
Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
druckerei@ubgbonn.de

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 1190  
53348 RHEINBACH  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## Schröder: 6 Pfennig teurer – dann ist Ende der Fahnenstange!

6.9.1998



Steuern senken!

**CDU**

mitten im Leben

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Sie kann ab sofort von allen Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden als Jahres-Abonnement bei der UBG bestellt werden. Bitte benutzen Sie hierzu den umseitigen Bestellschein.

# UiD

1/2000

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/333. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-1 23. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.